

## Stellungnahme *Tiroler Integrationsforum* Regierungsprogramm 2017-2022

Das *Tiroler Integrationsforum (TIF)* agiert seit über zehn Jahren als unabhängige Plattform von Organisationen, Einrichtungen und Privatpersonen, die sich für eine zukunftsfähige Integrationspolitik in Tirol einsetzt. Zu den Aktivitäten des *TIF* zählen neben der Vernetzung, dem Austausch und der Zusammenarbeit zwischen den Einrichtungen auch das Mitwirken an einer kritischen und aktiven Gestaltung der Integrationspolitik in Tirol. Im Zuge von Stellungnahmen beteiligt sich das *TIF* am öffentlichen Diskurs und positioniert sich zu Vorhaben und Entwicklungen im Integrationsbereich. Die Mitglieder des *Tiroler Integrationsforums* sind seit Jahren in den Bereichen Migration, Integration und Flucht tätig. Einschätzungen und Hinweise des *TIF* können somit als wichtige Impulse für die Integrationspolitik in Tirol verstanden werden.

In Hinblick auf das Regierungsprogramm 2017-2022 von ÖVP und FPÖ ergibt sich für das *Tiroler Integrationsforum* die Notwendigkeit, Stellung zu beziehen und darauf hinzuweisen, dass das Programm in sehr vielen Punkten tiefgreifende Implikationen auf die Integrationsarbeit in Österreich und in Tirol hat.

So möchte das *TIF* große Bedenken bezüglich der geplanten Maßnahmen in den Bereichen Migration und Asyl im neuen Regierungsprogramm äußern. Viele Punkte bedeuten einen massiven Einschnitt in die Grundrechte von Menschen, etwa das systematische Auslesen von Handydaten oder die Aufhebung der ärztlichen Schweigepflicht. Ebenso kritisch ist die geplante Abnahme von Bargeld bei Antragsstellung zu sehen. Weiters soll es in der Grundversorgung ausschließlich Sachleistungen geben: Dies verhindert die jetzt schon sehr eingeschränkte mögliche Teilhabe am gesellschaftlichen und sozialen Leben und bedeutet gleichzeitig, dass die „gewünschte“ Integration verunmöglicht wird.

Wie massiv die Einschnitte des neuen Regierungsprogramms sind, zeigt sich auch durch die Vielzahl an Reaktionen von Fachkreisen, Expert\_innen – bis zum Verwaltungsgerichtshof, der den Ausschluss der außerordentlichen Revision an den Verwaltungsgerichtshof bei Asylverfahren stark kritisiert. Als ebenso bedenklich erachtet das *Tiroler Integrationsforum* die Idee der Einrichtung einer Bundesagentur, die „unabhängige und objektive Rechtsberatung und qualitativ hochwertige Rückkehrberatung im asyl- und fremdenpolizeilichen Verfahren“ durchführen soll. Das schließt sich gegenseitig aus, weil eine Rechtsberatung innerhalb einer Bundesagentur nicht unabhängig agieren kann. Zu kritisieren ist auch die geplante Abschaffung der Möglichkeit der individuellen Unterbringung – die ausschließliche Unterbringung in Massenquartieren führt zu einer totalen Isolation.

Die Menschenwürde und die Grundrechte eines jeden Menschen müssen weiterhin oberste Priorität haben. Inklusion kann nicht durch Isolation und Segregation erreicht werden. Es muss weiterhin angestrebt werden, die chronisch unterfinanzierten Bildungs- und Beratungsangebote für Menschen mit Migrations- oder Fluchterfahrung auszubauen und zu verbessern sowie vorhandene Ressourcen und Expertisen in diesen Bereichen zu nutzen. Die engagierte Arbeit der letzten Jahre in diesem Bereich darf nicht im Sande verlaufen. Das *Tiroler Integrationsforum* appelliert hiermit eindringlich an die politisch Verantwortlichen in Tirol, die Integrationspolitik weiterhin menschlich und respektvoll zu gestalten.